

RIP INF

Das Ende des INF-Vertrags und das neue Wettrüsten

von Jürgen Wagner

Am 2. Februar 2019 kündigten die USA den INF-Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen (Reichweite 500 bis 5500km) auf. Nach einer sechsmonatigen Übergangsphase ist der Vertrag seit Anfang August 2019 Geschichte und damit zerbröckelt auch eine der beiden zentralen Säulen der atomaren Rüstungskontrolle. Mit aller Selbstverständlichkeit wird dabei aktuell Russland in den Medien die Schuld hierfür in die Schuhe geschoben: Das Land habe den Vertrag durch die Stationierung des Marschflugkörpers 9M729 (NATO-Codename SSC-8) verletzt. Obwohl hier zumindest Zweifel angebracht sind, werden nun – nicht zuletzt auch in Deutschland – auf Grundlage dieser „Gewissheit“ umfassende Rüstungsmaßnahmen gefordert, während gleichzeitig das russische Angebot für ein Stationierungsmoratorium in den Wind geschlagen wird.

Neue Raketen – Neue Aufrüstung

Wie üblich hat die westliche Version einige Schönheitsfehler: Erstens argumentiert Russland, die Reichweite des 9M729-Systems liege unter 500km und nicht wie von den USA behauptet bei 2.000km, weshalb keine Vertragsverletzung vorgelegen hätte; zweitens bot es Vor-Ort-Inspektionen an, um etwaige Bedenken auszuräumen, was allerdings von US-Seite ignoriert wurde; und drittens beschuldigt Russland seinerseits die USA, Teile des in Osteuropa stationierten Raketenabwehrsystems würden gegen den INF-Vertrag verstoßen. Überraschenderweise stützte ausgerechnet der alles andere als russlandfreundliche Chef der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS), Karl-Heinz Kamp, Anfang Juli 2019 die Sichtweise Moskaus, als er bei „[Streitkräfte & Strategien](#)“ mit den Worten zitiert wurde: „Es gibt ja Vorwürfe Russlands, dass die USA in ihren Starterhüllen für das Raketenabwehrsystem ebenfalls Marschflugkörper verbotener Reichweite verschicken könnten. Da sagen die Amerikaner: das geht nicht. Da geht die Software nicht. Das erklärt sich selbst einem Laien, dass man eine Software relativ einfach auswechseln kann.“

Das Verhalten der US-Regierung untermauerte wiederum Russlands Verdacht, die USA seien primär darauf erpicht, den Vertrag zu versenken, zumal von Verifikationsexperten betont wird, über die angebotenen Inspektionen hätten sich die Zweifel aus dem Weg räumen lassen (siehe [AUSDRUCK](#), Februar 2019).

Vieles spricht dafür, dass die USA vor allem auch mit Blick auf China ein Ende des INF-Vertrages gezielt herbeigeführt haben, da Peking seinerseits mit relativ „billigen“ Mittelstreckenraketen aufrüstet, ohne an vertragliche Restriktionen gebunden zu sein. So räumte US-Colonel Michelle Baldanza bereits im März 2019 gegenüber [Reuters](#) ein, die USA hätten mit „Fabrikationsaktivitäten begonnen“, die „bis zum 2. Februar nicht mit den US-Verpflichtungen unter dem [INF-] Vertrag zu vereinbaren gewesen wären.“

Für Europa scheint es ähnliche Pläne zu geben – glaubt man zumindest den Verlautbarungen aus dem Pentagon, scheint auch hier, vermutlich aus Sorge vor den zu erwartenden Prote-

sten, die Stationierung konventioneller Mittelstreckenraketen erwogen zu werden. Man habe „nicht die Absicht“ atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, wurde der stellvertretende US-Unterstaatssekretär David Trachtenberg bereits im Februar 2019

bei [Breakingdefense](#) zitiert: „Was wir geplant haben und was wir tun ist [...]die Erforschung und Entwicklung konventioneller bewaffneter Systeme mit einer Reichweite, die gegenwärtig vom [INF-]Vertrag verboten ist.“

Kalte Krieger treten aus dem Schatten

Während zum Beispiel Außenminister Heiko Maas – wenn auch mit reichlich wenig Elan – eine Wiederaufnahme von Gesprächen und eine Rückkehr zur Rüstungskontrolle anmahnt, sehen hierzulande viele alte und neue Kalte Krieger ihre Stunde gekommen. Wolfgang Ischinger etwa, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, oder Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität in München werben seit Anfang des Jahres lautstark dafür, sich eine konventionelle oder atomare Aufrüstungsoption unbedingt offenzuhalten (siehe [AUSDRUCK](#), Februar 2019). Auch Christian Mölling, Rüstungsexperte der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP), warb in der [Süddeutschen Zeitung](#) am 2. August 2019 dafür, die NATO müsse nun offiziell auf Angriffsfähigkeiten umschalten: „Das Bündnis sollte im konventionellen Bereich reagieren. Das bedeutet einerseits, es durch bessere Luftabwehr zu ermöglichen, die russischen Raketen zu neutralisieren. Das wird nicht immer klappen, denn die 9M729-Marschflugkörper sind schwer zu lokalisieren. Andererseits braucht es wohl eine Offensivkomponente: also eine Rakete, die russische Kommandozentralen treffen kann.“

Zwei weitere „Sicherheitspolitiker“ haben sich in jüngster Zeit ganz besonders für entschiedene westliche Rüstungsbestrebungen eingesetzt: Der ehemalige hochrangige NATO-Offizier Heinrich Brauß und - wie so häufig - Joachim Krause vom „Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel“ (ISPK). In einem nahezu von jedem „Leitmedium“ prominent besprochenen Artikel in der aktuellen Ausgabe von „[Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen](#)“ fragen beide im Titel „Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen?“ Russlands „Aggressionen“ in Osteuropa und die – ohne hinlängliche Beweise – als sicher angenommene Verletzung des INF-Vertrages ließen nur einen Schluss zu: „Russland verspricht sich offenkundig entscheidende strategische Vorteile im Sinne einer Eskalationsdominanz gegenüber den USA und der NATO für den Fall eines regionalen Krieges in Europa – eines Krieges, der aller Voraussicht nach nur von Russland ausgehen würde.“

Auch sie werben deshalb, sich die Option für eine Unterstützung der US-Aufrüstungspläne offenzuhalten: „Generell muss gelten: Alle zielführenden Optionen müssen ergebnisoffen analysiert und die optimale dann ausgewählt werden, keine darf aus kurzfristigen oder opportunistischen Gründen vor schnell zur Seite gelegt werden. [...] Auch die Entwicklung landgestützter nuklearer Mittelstreckenwaffen sollte man nicht von vornherein ausschließen.“

Auch auf anderen Ebenen müsse „natürlich“ dagegegenghalten werden: „Mit Blick auf die baltischen Staaten und Polen muss



vor allem der Raum-Kräfte-Zeit-Vorteil Russlands ausgeglichen werden.“ Aktuell sind in den drei baltischen Staaten und Polen je ein NATO-Bataillon à 1.000 Soldaten (plus zusätzliche US-Soldaten) stationiert, doch diese Truppen sollten „verstärkt werden“. Im Sirius-Artikel bleiben die Autoren weitere Details weitgehend schuldig, im [Deutschlandfunk](#) präzisierte Krause aber schon vor einiger Zeit, was er sich konkret darunter vorstellt: „Es ist also eine derzeit symbolische Präsenz [der NATO in Osteuropa], und die muss durch eine reale Präsenz erhöht werden. [...] Da müsste man schon in einer Größenordnung von mindestens einer Division pro baltischem Staat und wahrscheinlich auch noch in Polen reden. Das ist sozusagen das Mindeste, was sie brauchen, um dort überhaupt eine Verteidigungsfähigkeit herzustellen. [...] Ungefähr 30-, 40.000 Soldaten aus anderen Ländern der NATO, sei es aus Deutschland, aus Frankreich, aus Großbritannien, USA, Holland oder was weiß ich nicht wo, müssten dort stationiert sein.“

Wie erwähnt, wurden die Ausführungen von Brauß und Krause überaus breit in den Medien rezipiert, fast ausschließlich extrem wohlwollend. Auf die zahlreichen Widersprüche wurde dabei nicht eingegangen: So etwa, dass Russland die Zahl seiner taktischen Atomwaffen reduziert und die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen in den jüngsten russischen Militärstrategien 2010 und 2014 angehoben hat – er wird nur noch im Falle einer existenziellen Bedrohung erwogen. Geflüssentlich ausgeblendet wird überdies, dass spätestens mit der im Juni 2019 öffentlich gewordenen „[Doctrine for Joint Nuclear Operations](#)“ des Pentagons klar ist, dass es die USA sind, die den frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen auf dem Gefechtsfeld selbst dann als mögliche Option in ihre Einsatzplanung integriert haben, wenn eine konventionelle Alternative verfügbar wäre.

Eine der wenigen kritischen Stimmen, die sich in diesem Zusammenhang Gehör verschaffen konnten, war die des ehemaligen Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, Harald Kujat. Die Ausführungen von Brauß und Krause [kritisierte](#) er als „einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend.“ Es sei „völlig absurd“ vom Ziel eines russischen Angriffs auszugehen: „Putin weiß, dass dies die völlige internationale Isolation zur Folge hätte – mit unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das Land“.

Kein Moratorium, kein Start?

Teils hat es den Anschein, als könne Moskau versuchen, was es will, der schwarze Peter wird ihm trotzdem routinemäßig zugeschoben. Denn wiederholt hat Russland deeskalierende Angebote gemacht, die aber besonders in Washington auf taube Ohren stoßen. Jüngstes Beispiel ist hier das folgende russische Angebot, über das u.a. die [Zeit](#) berichtete: „Kurz vor

Ablauf des INF-Vertrages hat Russland den USA und der Nato erneut ein Moratorium auf die Stationierung von Raketensystemen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa angeboten. [Der russische Außenminister Sergej Rjabkow] verwies darauf, dass sich Russland einseitig ein Moratorium für solche Raketen auferlegt habe. Allerdings seien weder die USA noch die Nato bisher darauf eingegangen.“

Zentrale Akteure der US-Regierung sind ohnehin erklärte Gegner jeglicher Form vertraglicher Rüstungskontrolle. Aktuell hat es ganz den Anschein, als befänden sich diese Kräfte auf einem Kreuzzug, mit dem „New-Start-Vertrag“ auch die letzte noch verbleibende tragende Säule der atomaren Rüstungskontrolle einzureißen. „New Start“ begrenzt die Zahl der Sprengköpfe und strategischen Trägersysteme mit einer Reichweite über 5.500km, er soll verhindern, dass eine Rüstungsspirale in Gang kommt, in der beide Seiten versuchen eine Eskalationsdominanz in Form einer Erstschlagfähigkeit zu erlangen. Aktuell sind die USA dabei, ihr strategisches Arsenal zu „modernisieren“, um so die Durchschlagsfähigkeit und Zielgenauigkeit deutlich zu erhöhen. Hierfür sollen jüngeren Schätzungen des „Congressional Budget Office“ im nächsten Jahrzehnt fast 500 Mrd. Dollar bereitgestellt werden. Die gesamten atomaren US-Rüstungspläne lassen wenig andere Schlüsse zu, als dass die USA tatsächlich eine nukleare Erstschlagfähigkeit anstreben, ein Ergebnis, zu dem bereits 2006 ein Artikel in der renommierten „[Foreign Affairs](#)“ mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft“ gelangte: „Streben die Vereinigten Staaten mit Absicht die nukleare Dominanz an? [...] Die Natur der vorgenommenen Veränderungen bezüglich des Arsenal und der offiziellen Politik und Rhetorik stützen diese Schlussfolgerung. [...] Mit anderen Worten, die gegenwärtigen und künftigen Nuklearstreitkräfte der USA scheinen dafür konzipiert zu sein, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland oder China zu führen.“

Etwas mehr als zehn Jahre später legten die beiden Autoren, Keir A. Lieber und Daryl G. Press, in der [International Security](#) noch einmal nach, in der sie argumentierten, durch die Modernisierung der US-Atomwaffen würden die USA noch einmal deutlich näher in Richtung einer Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland rücken. Augenblicklich stehen dem aber noch die Begrenzungen durch „New Start“ im Weg, der aber am 5. Februar Jahr 2021 ausläuft. Hier dürfte wohl der Grund liegen, weshalb bisherige Versuche Russlands, eine Verlängerung hinzubekommen, von den USA abschlägig beschieden wurden. Befragt, wie er die Chancen für eine Verlängerung von „New Start“ einschätze, [antwortete](#) der inzwischen gefeuerte Nationale Sicherheitsberater John Bolton vor wenigen Wochen: „Es wurde noch keine Entscheidung getroffen, aber ich denke sie ist unwahrscheinlich.“

Vor diesem Hintergrund [sieht](#) der Ex-Chef des NATO-Militärausschusses Harald Kujat die jüngsten russischen Rüstungsbemühungen – u.a. auch die Entwicklung von Hyperschallwaffen – als eine Reaktion auf die US-Versuche, die Eskalationsdominanz durch eine Erstschlagfähigkeit zu erlangen: Es gehe Moskau um die „Aufrechterhaltung des strategischen Gleichgewichts mit den Vereinigten Staaten“. Man muss diese Versuche ja deshalb noch lange nicht gutheißen, die dahinterliegende Motivation und Dynamik aber sollte verstanden werden, anstatt, wie viele der tonangebenden Stimmen hierzulande, mit völlig einseitigen und in dieser Form extrem zweifelhaften Schuldzuweisungen den Eintritt in einen neuen Rüstungswettlauf zu fordern.